

Für gleiche Würde und Rechte

Kämpferische Organisationen der Homosexuellen

An einem Symposium haben Betroffene und Politiker über die rechtliche Situation gleichgeschlechtlicher Paare in der Schweiz diskutiert. Dabei ist deutlich geworden, dass der vom Bundesrat beschlossenen Einführung eines Sonderstatus mit grosser Wahrscheinlichkeit das Referendum droht.

Cbr. Ende Oktober hat der Bundesrat beschlossen, für gleichgeschlechtliche Paare den Sonderstatus einer registrierten Partnerschaft ohne Gleichstellung mit der Ehe einzuführen. Anlässlich dieses Entscheids fand am Samstag in Zürich ein Symposium statt. Organisiert wurde der Anlass von Network, einem Verein für schwule Führungskräfte. Die engagiert geführte Diskussion zwischen Interessenvertretern, Parlamentariern und ausländischen Fachpersonen zeigte auf, dass es bis zur Implementation des getroffenen Entscheides noch etwelche Hürden zu meistern gilt.

Keine verheerenden Folgen

Die Ausführungen der Referenten aus Dänemark, Schweden und den Niederlanden machten deutlich, dass die Einführung eines Gesetzesmodells für homosexuelle Paare grundsätzlich eng mit der öffentlichen Akzeptanz von Lesben und Schwulen zusammenhängt. Dass diese generell ungleich grösser sei als noch vor zwanzig Jahren, hänge nicht zuletzt davon ab, dass sich die Lebensstile homo- und heterosexueller Paare einander angeglichen hätten. Obwohl sowohl in Dänemark wie auch in Schweden seit Jahren eine Form der registrierten Partnerschaft praktiziert werden kann, wissen sich Betroffene noch nicht am Ziel. Der «separate, but equal» genannte Ansatz – unterschiedliche staatliche Rechtsgrundlagen für homo- und heterosexuelle Partnerschaften – umfasse immer noch eine Form der Diskriminierung. Etwas anders präsentiert sich die Situation in den Niederlanden, wo voraussichtlich nächstes Jahr die traditionelle Eheschliessung für homosexuelle Paare möglich sein wird.

Von den an der Podiumsdiskussion teilnehmenden Nationalrätinnen Rosmarie Zapfl (cvp., Zürich) und Dorle Vallender (fdp., Appenzell Ausserrhoden) war in Erfahrung zu bringen, dass sie persönlich für eine Variante der Regelung mit «weitgehend ehgleichen Wirkungen» seien; man müsse aber den politischen Realitäten ins Auge blicken und von allem Anfang an auf eine konsensfähige Lösung setzen. FDP und CVP werden

deshalb den Bundesratsbeschluss unterstützen. Nationalrat Claude Janiak (sp., Baselland) zeigte sich enttäuscht darüber, dass die Öffnung der Ehe nicht mehr weiterverfolgt würde. Die SPS wolle sich entschlossen für eine möglichst nahe an der Ehe liegende Regelung einsetzen.

Die Vertreterinnen und Vertreter von Pink Cross, Lesbenorganisation Schweiz (LOS) und Network liessen keinen Zweifel daran, dass sie vom Entscheid des Bundesrates enttäuscht sind. Die LOS-Forderung «Gleiche Würde, gleiche Rechte – nicht mehr, nicht weniger» sei hier stellvertretend für das Fernziel der Gleichstellung homosexueller Paare genannt. Nicht gelten lassen wollte man die religiös begründete Ablehnung gegenüber Partnerschaften von Lesben und Schwulen: Pflichten und Rechte von Paaren hätten nichts mit religiöser Weltanschauung zu tun.

Dies forderte den Widerspruch des Schwyzer SVP-Nationalrats Peter Föhn heraus, der dem christlichen Glauben in der Schweiz nach wie vor grosses Gewicht beimisst. Mit der religiösen Befindlichkeit sei ein leichtfertiger Umgang nicht angebracht, und man könne die Kultur eines Landes nicht ohne weiteres über Bord werfen. Die SVP setze nach wie vor auf die traditionelle Ehe, hielt Föhn fest. Es sei auch sehr sorgfältig zu prüfen, ob mit der Einführung der registrierten gleichgeschlechtlichen Partnerschaft keine schleichende Aushöhlung der Ehe einhergehe.

Referendum wird erwartet

Einig waren sich die Politiker darüber, dass in den Fragen des Ausländer-, Vertretungs- und Erbschaftsrechts sowie der beruflichen Vorsorge und Sozialversicherung dringender Handlungsbedarf besteht, die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften der Ehe anzunähern. Zu Diskussionen Anlass geben dürften insbesondere die Themen Adoption und künstliche Befruchtung. Vallender und Zapfl rechnen damit, dass das Referendum ergriffen wird. Janiak gab sich überzeugt, dass der Vorschlag im Parlament durchkommt und auch in der erwarteten Volksabstimmung nicht scheitern

werde. Der Gesetzesentwurf über die registrierte Partnerschaft sollte bis Mitte 2001 reif zur Vernehmlassung sein; eine allfällige Umsetzung

dürfte nicht vor Ende 2003 möglich sein.